

Urschrift

Sitzungsbuch der Gemeinde Pähl

Sitzungsniederschrift

über die öffentliche Sitzung
im Saal des Pfarr- und Gemeindezentrum

am 10.10.2019

I. Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Genehmigung des letzten Protokolls (öffentlich)
2.	Vollzug der Baugesetze - Antrag auf Verlängerung eines genehmigten Bauvorhabens (FINr. 397, Gemarkung Pähl)
3.	Vollzug der Baugesetze - Tekatur; Aufstockung des bestehenden Wohngebäudes und Neubau eines Carports; Verschiebung Zwerchgiebel nach Osten, Anbau eines Balkons (FI.Nr. 396/2, Gemarkung Pähl)
4.	Bauleitplanung - Aufstellungsbeschluss zur Ausweisung eines Sondergebietes für soziale Zwecke zur Errichtung einer Tagespflege und Mitarbeiterwohnungen "Östlich der Berndorfer Str."
5.	Bürgerantrag - Anwendung der 90/10-Regelung bei der Ersterschließung im Wohngebiet Schleiferanger
6.	Baugebiet Tassilostraße Süd - Vergabe der Landschaftsbauarbeiten für die Ortsrandeingrünung
7.	Änderung der Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen
8.	Änderung der Friedhofssatzung
9.	Bekanntgaben, Anträge, Verschiedenes

II. Feststellung der Beschlussfähigkeit:

ANWESEND

Name

Bemerkung

Vorsitzender

Werner Grünbauer

Mitglieder

Daniel Bittscheidt

Wolfgang Czerwenka

Richard Graf

Daniel Greinwald

Günther Hain

Ursula Herz
Robert Kergl
Claudia Klafs
Helmut Mayr
Gerhard Müller
Irene Popp
Kaspar Spiel

Abwesend (entschuldigt)

Alexander Zink
Stephan Schlierf

Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig, da sämtliche Mitglieder geladen sind, die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 1 GO).

Die Ladung war ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung am 02.10.2019 mittels schriftlicher Ladung durch den 1. Bürgermeister Werner Grünbauer erfolgt.

III: Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung (Art. 52 GO):

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung am 02.10.2019 ortsüblich durch Anschlag an den Anschlagtafeln bekannt gemacht.

Die Sitzung wurde um 19:30 Uhr eröffnet und um 20:20 Uhr beendet.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Werner Grünbauer
1. Bürgermeister

Christiane Singer

Genehmigt durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 07.11.2019.

Begrüßung

Die Ladung war ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung am 02.10.2019 mittels schriftlicher Ladung und Aushang durch den 1. Bürgermeister Werner Grünbauer erfolgt.

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Gemeinderat somit nach Art. 47 Abs. 2, 3 GO beschlussfähig ist und eröffnet die Sitzung.

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung des letzten Protokolls (öffentlich)

Sachverhalt:

Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 12.09.2019.

Beschluss:

Das Protokoll (öffentlicher Teil) vom 12.09.2019 wird genehmigt.

Abstimmung
13 : 0

2. Vollzug der Baugesetze - Antrag auf Verlängerung eines genehmigten Bauvorhabens (FINr. 397, Gemarkung Pähl)

Sachverhalt:

Der Antragsteller bittet um Verlängerung des Bauantrages (FI.Nr. 397, Gemarkung Pähl) vom 16.09.2016 um zwei Jahre.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Verlängerung zu.

Abstimmung
13 : 0

3. Vollzug der Baugesetze - Tektur; Aufstockung des bestehenden Wohngebäudes und Neubau eines Carports; Verschiebung Zwerchgiebel nach Osten, Anbau eines Balkons (FI.Nr. 396/2, Gemarkung Pähl)

Sachverhalt:

Dem Antragsteller wurde im April 2018 die Baugenehmigung für die Aufstockung des bestehenden Wohngebäudes mit Neubau eines Carportes auf FI.Nr. 396/2, Gemarkung Pähl vom LRA Weilheim erteilt.

Der Antragsteller hat nun eine Tektur zum Eingabeplan eingereicht. Dabei soll der geplante Zwerchgiebel nach Osten verschoben werden, ein Balkon angebaut werden und ein Vorsprung am Carport gebaut werden.

Beschluss:

Die Änderungen im Tekturantrag zur Aufstockung des bestehenden Wohngebäudes und Neubau eines Carports mit Verschiebung des Zwerchgiebels nach Osten, Anbau eines Balkons und Neubau eines Carports mit Vorsprung auf FI.Nr. 396/2, Gemarkung Pähl werden genehmigt.

Abstimmung
13 : 0

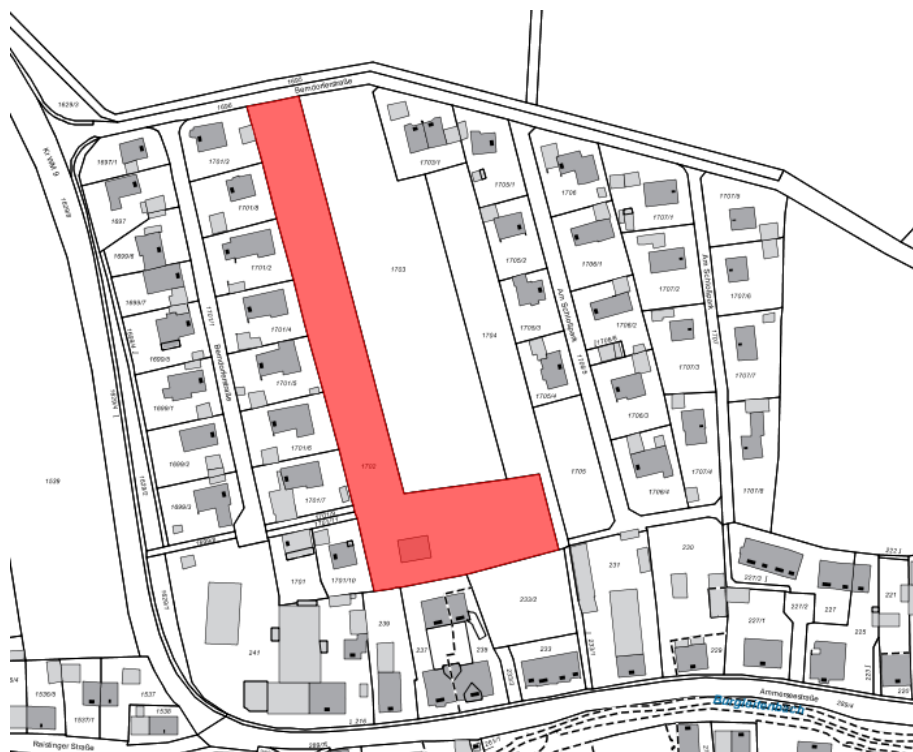
4. **Bauleitplanung - Aufstellungsbeschluss zur Ausweisung eines Sondergebietes für soziale Zwecke zur Errichtung einer Tagespflege und Mitarbeiterwohnungen "Östlich der Berndorfer Str."**

Sachverhalt:

Der Gemeinderat beschließt den qualifizierten Bebauungsplan (§ 30 BauGB) „Östlich der Berndorferstraße“, nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen, um ein Sondergebiet für soziale Zwecke zur Errichtung einer Tagespflege und Mitarbeiterwohnen zu schaffen. Ergänzend ist der Flächennutzungsplan im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB anzupassen.

Die Bauleitplanung umfasst die Flurnummer 1702, Gemarkung Pähl. Das Gebiet wird als "Sondergebiet für soziale Zwecke" festgesetzt. Die Erschließung erfolgt über die Berndorferstraße. Der Umgriff umfasst ca. 6.942 m².

Die gesamten Planungskosten für den Bebauungsplan mit Begründung und Umweltbericht und ggfs. weitere erforderliche Gutachten werden von der Gemeinde Pähl übernommen.



Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes "Östlich der Berndorferstraße" sowie die Anpassung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren.

Abstimmung
4 : 9

5. **Bürgerantrag - Anwendung der 90/10-Regelung bei der Ersterschließung im Wohngebiet Schleiferanger**

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 26.09.2019 wurde von mehreren Grundstückseigentümern des Wohngebietes „Schleiferanger“ ein Antrag auf Anwendung der 90/10-Regelung bei der Ersterschließung gestellt.

Als Begründung wird u.a. der Gleichbehandlungsgrundsatz herangezogen und darauf verwiesen, dass die Anlieger von Erschließungsstraßen nur mit 90 % an den Erschließungskosten beteiligt werden sowie die stark gestiegenen Erschließungskosten.

Die Erschließung des Baugebietes wurde an den Erschließungsträger, Firma KFB, übergeben. Die Vor- und Nachteile hierzu wurden ausführlich im Gemeinderat diskutiert. Der Gemeinderat hat sich daraufhin für die Beauftragung des Erschließungsträgers ausgesprochen. Dieser hat mit der Gemeinde einen Erschließungsvertrag und mit allen Grundstückseigentümern einen Kostenerstattungsvertrag abgeschlossen, in welchem geregelt ist, dass die Kosten in vollem Umfang von diesen zu tragen sind.

Nach Rücksprache mit der Rechtsaufsichtsbehörde darf die Gemeinde nachträglich keine Erschließungskosten für das Wohngebiet übernehmen. Die Anwendung der 90/10-Regelung ist deshalb nicht möglich.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Anwendung der 90-10-Regelung für das Wohngebiet „Schleiferanger“ nicht zu.

Abstimmung
11 : 1

GR Müller ist gemäß Art. 49 GO von Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Der Bürgerantrag wurde vom GR abgelehnt.

6. Baugebiet Tassilostraße Süd - Vergabe der Landschaftsbauarbeiten für die Ortsrandeingrünung

Sachverhalt:

Die Landschaftsbauarbeiten für die Ortsrandeingrünung im Baugebiet „Tassilostraße Süd“ wurden im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung ausgeschrieben und müssen vergeben werden.

Es wurden fünf Angebote angefordert. Drei Firmen haben ein Angebot abgegeben.

Aufgrund von Bietergesprächen durch die Firma KFB hat die Firma Knittel ein Pauschalangebot (ohne Regiearbeiten; Titel 06 im LV) i.H.v. 28.000 € brutto unterbreitet. Die Firma „Die Gartenzwerg“ hat kein Pauschalangebot abgegeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt der Firma Knittel Gartengestalter GmbH (Weilheim) für die Landschaftsbauarbeiten für die Ortsrandeingrünung im Baugebiet „Tassilostr. Süd“ den Zuschlag zu erteilen.

Die Firma Knittel hat mit dem Pauschalangebot i.H.v. 28.000 € brutto das wirtschaftlichste Angebot abgegeben.

Abstimmung
13 : 0

7. Änderung der Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Sachverhalt:

Die Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen muss geändert werden, da mit Bekanntmachung des Bay. Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 10.11.2004 unter Nr. 2.2 mitgeteilt wurde, dass die Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen fünf zusammenhängende Stunden nicht überschreiten dürfen.

Die Öffnungszeiten werden aus diesem Grund von bisher 09.00 bis 18.00 Uhr auf 10.00 Uhr bis 15 Uhr verkürzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nachfolgende Verordnung:

**Verordnung über die Offenhaltung der Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen
vom 10.10.2019**

Die Gemeinde Pähl erlässt aufgrund von § 14 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über den Ladenschluss (LadSchlG) vom 02. Juni 2003 (BGBl. I S. 744) folgende Verordnung:

§ 1

Aus Anlass des traditionellen Pähler Adventsmarktes dürfen, abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluss, an den nachstehenden Sonntagen alle Verkaufsstellen in der Gemeinde Pähl, Gemarkung Pähl, jeweils in der Zeit von **10.00 bis 15.00 Uhr** geöffnet sein:

- am ersten Adventssonntag des jeweiligen Jahres.

§ 2

Die Vorschriften des Gesetzes über den Schutz der Sonn- und Feiertage, des § 17 des Ladenschlussgesetzes, die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung, des Manteltarifvertrages für Arbeitnehmer im Einzelhandel in Bayern, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Mutterschutzgesetzes sind zu beachten.

§ 3

Bei einer Offenhaltung einer Verkaufsstelle an Sonn- und Feiertagen außerhalb der in § 1 Abs. 1 der Verordnung freigegebenen Öffnungszeiten kann eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 24 LadSchlG vorliegen.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Offenhaltung der Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen vom 20.01.2015 außer Kraft.

Abstimmung
13 : 0

8. Änderung der Friedhofssatzung

Sachverhalt:

Die „Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen“ der Gemeinde Pähl vom 15.07.2014 muss in verschiedenen Punkten an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden (rote Markierungen).

Die in Anlage befindliche neue „Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen“ (Friedhofssatzung)– FS) ist Bestandteil dieser Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende Satzung:

Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen (Friedhofssatzung – FS)

vom 10.10.2019

Aufgrund von Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 sowie Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt die Gemeinde Pähl folgende Satzung:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Die Gemeinde errichtet und unterhält die folgenden Einrichtungen für das Bestattungswesen als öffentliche Einrichtungen:

- a) die gemeindeeigenen Friedhöfe in Pähl und Fischen
- b) die gemeindeeigenen Leichenhäuser in Pähl und Fischen
- c) die Leichentransportmittel
- d) das Friedhofspersonal.

§ 2 Friedhofszweck

Der Friedhof dient insbesondere den verstorbenen Gemeindemitgliedern als würdige Ruhestätte und der Pflege ihres Andenkens.

§ 3 Bestattungsanspruch

(1) Auf dem Friedhof werden beigesetzt

- a) die Verstorbenen, die bei ihrem Ableben in der Gemeinde ihren Wohnsitz hatten,
- b) die Verstorbenen, die ein Nutzungsrecht an einem belegungsfähigen Grab besitzen, und ihre Familienangehörigen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 1 BestV),
- c) die im Gemeindegebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Bestattung anderweitig nicht sichergestellt ist,
- d) Tot- und Fehlgeburten im Sinne des Art. 6 des BestG.

(2) Die Bestattung anderer als der in Abs. 1 genannten Personen bedarf auf Antrag der besonderen Erlaubnis der Friedhofsverwaltung im Einzelfall.

§ 4 Gebühren

Die Benutzung des gemeindlichen Friedhofes und der Bestattungseinrichtungen ist gebührenpflichtig nach Maßgabe der jeweilig geltenden Gebührensatzung.

§ 5 Friedhofsverwaltung

Der Friedhof wird von der Gemeinde verwaltet und beaufsichtigt. Der Belegungsplan wird von

der Gemeinde so geführt, dass jederzeit festgestellt werden kann, wann mit wem jedes Grab belegt wurde, wer der Grabnutzungsberechtigte ist und für welchen Zeitraum das Nutzungsrecht erworben wurde.

§ 6 Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können im öffentlichen Interesse ganz oder teilweise geschlossen oder entwidmet werden. Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die Gemeinde kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen, durch Einigung mit den Grabnutzungsberechtigten vorzeitig aufgelöst wurden oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit aufgehoben worden sind. Die Gemeinde kann die Entwidmung verfügen, soweit keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen und alle Ruhefristen abgelaufen sind.
- (4) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte im Einvernehmen mit dem Berechtigten abgelöst werden sollen oder aufgehoben worden sind, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.
- (5) Im Übrigen gilt Art. 11 BestG.

II. Ordnungsvorschriften

§ 7 Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten des Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.

§ 8 Verhalten im Friedhof

- (1) Jeder Besucher des Friedhofs hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Der Anordnung des Friedhofspersonals haben die Besucher Folge zu leisten. Besuchern des Friedhofs ist es insbesondere nicht gestattet
 - a) Tiere mitzubringen, ausgenommen sind Blindenhunde,
 - b) zu rauchen und zu lärmern,
 - c) die Wege mit Fahrzeugen und Sportgeräten aller Art zu befahren. Kinderwagen, Rollstühle und vergleichbare Hilfsmittel zum Transport von Kindern, Kranken und Behinderten sind hiervon ausgenommen.
 - d) Waren aller Art sowie gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Druckschriften, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) Abraum und Abfälle an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen Plätzen (vor Ort sind die entsprechenden Hinweisschilder zu beachten),
 - g) Grabhügel, Grabfelder, Grabeinfassungen und Grünanlagen unberechtigt zu betreten und/oder zu beschädigen,
 - h) der Würde des Ortes nicht entsprechende Gefäße (z. B. Konservendosen, Plastik- und Glasflaschen sowie ähnliche Gegenstände) auf Gräbern ohne Erlaubnis aufzustellen oder solche Gefäße zwischen den Gräbern aufzubewahren,
 - i) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung kann von den Verboten auf Antrag Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (4) Totengedenkfeiern sind der Friedhofsverwaltung spätestens vier Werktage vorher anzuzeigen und bedürfen der Erlaubnis der Friedhofsverwaltung.

§ 9 Beseitigung von Abfällen

- (1) In die vorgesehenen Abfalltonnen und -container dürfen nur auf dem Friedhof anfallende Abfälle eingebracht werden, soweit sie nicht aus der jeweils gültigen „Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Weilheim-Schongau“ von der Beseitigung ausgenommen sind.
- (2) In die aufgestellten Abfallcontainer dürfen ausschließlich pflanzliche Abfälle und Kränze, die ausschließlich aus natürlichen Bestandteilen bestehen, d.h. keine Kunststoffe, Metalle u.ä. Stoffe enthalten, eingebracht werden.
- (3) Erdhaushub und Grababraum dürfen nicht in den Abfalltonnen und -container entsorgt werden.
- (4) Im Zusammenhang mit gewerblichen Arbeiten dürfen Abfälle nur nach vorheriger Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung eingebracht werden.

§ 10 Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

- (1) Die Gewerbetreibenden und ihre Gehilfen haben den Regelungen der Friedhofssatzung und den Anweisungen der Friedhofsverwaltung Folge zu leisten. Durch gewerbliche Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- (2) Die Friedhofswege dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung (Antrag nach § 7 Abs. 4) mit den für die Ausführung der Arbeiten oder für den Transport von Arbeitsmitteln erforderlichen Fahrzeugen befahren werden. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Friedhofsbereich beträgt Schrittempo. Bei anhaltendem Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Friedhofswege mit Fahrzeugen untersagen.
- (3) Die gewerblich Tätigen haften für alle Schäden, die sie oder ihre Gehilfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in dem Friedhof schuldhaft verursachen.
- (4) Die Ausübung gewerbsmäßiger Tätigkeiten auf dem Friedhof kann durch die Friedhofsverwaltung dauerhaft versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist oder wenn trotz schriftlicher Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Abmahnung entbehrlich.

III. Grabstätten und Grabmale

§ 11 Grabstätten

- (1) Die Grabstätten stehen im Eigentum der Gemeinde. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Belegungsplan, der bei der Friedhofsverwaltung innerhalb der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann.

§ 12 Grabarten

- (1) Gräber im Sinne dieser Satzung sind
 - a) Einzelgrabstätten
 - b) Familiengrabstätten
 - e) Urnenkammern
 - g) Anonyme Grabstätten
- (2) Die Lage der einzelnen Grabstätten wird durch die Gemeinde bestimmt und richtet sich nach dem Belegungsplan. Der Friedhof ist darin in Grabfelder aufgeteilt. Die einzelnen Grabstätten sind fortlaufend nummeriert. Bestattungen können jeweils nur in den von der Gemeinde freigegebenen Grabfeldern oder deren Teilen erfolgen.
- (3) In Einzelgrabstätten kann in einem Einfachgrab ein Verstorbener, in einem Tiefgrab können maximal zwei Verstorbene mit gleichzeitig laufenden Ruhefristen beigesetzt werden.
- (4) In Familiengrabstätten können mehrere Verstorbene beigesetzt werden. Die Anzahl der

möglichen Beisetzungen Verstorbener richtet sich nach der Lage der Grabstätte. Es wird unterschieden in Einfach- und Tiefgräber. Bei einem Tiefgrab erfolgt die Bestattung übereinander. In einem Einfachgrab beträgt die Zahl der maximal zu bestattenden Verstorbenen zwei nebeneinander, in einem Tiefgrab höchstens vier bei gleichzeitig laufenden Ruhefristen. Auf Antrag kann die Gemeinde in begründeten Ausnahmefällen auch eine Mehrfachgrabstätte vergeben, bei der die Zahl der maximal zu bestattenden Verstorbenen im Einzelfall festgelegt wird.

(5) Die Zuerkennung, Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten obliegt der Gemeinde.

§ 13 Aschenreste und Urnenbeisetzungen

(1) Aschenreste und Urnen müssen den Vorschriften der §§ 17 und 27 BestV entsprechen.

(2) Urnen können in Erdgrabstätten, Urnenkammern oder in anonymen Grabstätten beigesetzt werden. Urnen für Erdbestattungen müssen aus leicht verrottbarem Material bestehen. Urnen, die über der Erde beigesetzt werden, müssen dauerhaft und wasserdicht sein.

(3) Anonyme Urnengrabstätten sind Grabstätten für die Beisetzung von Urnen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit abgegeben werden. In jedem anonymen Urnengrab wird nur eine Urne beigesetzt, die Urne muss aus leicht verrottbarem Material bestehen. Die Abräumung von anonymen Urnengräbern nach Ablauf der Ruhezeit wird durch die Gemeinde durchgeführt. Die Graboberfläche des anonymen Urnengrabes wird durch die Gemeinde gestaltet und gepflegt. Grabsteine oder sonstige Ausstattungen dürfen auf dem anonymen Urnengrab nicht angebracht werden.

(4) In einer Urnengrabstätte dürfen die Aschenreste mehrerer Verstorbener einer Familie (vgl. § 1 Abs. 1 Ziff. 1 BestV) beigesetzt werden.

(5) Für das Nutzungsrecht an Urnengrabstätten gelten die §§ 13 und 14 entsprechend.

(6) Wird das abgelaufene Nutzungsrecht an der Grabstätte, in der die Urne bestattet ist, nicht mehr verlängert, ist die Gemeinde berechtigt bei Räumung oder Wiederbelegung der Grabstätte, an der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofs (z.B. anonymes Urnengrab) Aschenreste in würdiger Weise der Erde zu übergeben und evtl. vorhandene Urnen dauerhafter und wasserdichter Art zu entsorgen.

§ 14 Größe der Grabstätten

(1) Für die Einteilung der Grabstätten ist der Belegungsplan maßgebend. Die Gräber werden nach den jeweils erforderlichen Ausmaßen ausgehoben. Die einzelnen Grabstätten haben folgende Ausmaße, Abstände und Tiefen:

1. Einzelgrabstätten	max. Länge 1,80 Meter max. Breite 0,90 Meter
3. Familiengrabstätten im Friedhof Pähl	max. Länge 1,80 Meter max. Breite 1,20 Meter
4. Familiengrabstätten im Friedhof Fischen	max. Länge 1,80 Meter max. Breite 1,50 Meter

(2) Die genaue Lage und Größe der Grabstätte muss vorab von der Gemeinde genehmigt werden.

(3) Die Tiefe des Grabes bis zur Oberkante des Sarges beträgt wenigstens 1,80 Meter. Die Beisetzungstiefe für Urnen beträgt wenigstens 0,80 Meter.

§ 15 Grabhügel

(1) Grabhügel dürfen in der Mitte eine Höhe von 0,20 m über dem anstoßenden Gelände nicht übersteigen. Grabhügel dürfen einschließlich der Grabumrahmungen folgende Maße nicht überschreiten:

1. Einzelgrabstätten	max. Länge 1,80 Meter max. Breite 0,90 Meter
3. Familiengrabstätten im Friedhof Pähl	max. Länge 1,80 Meter

4. Familiengrabstätten im Friedhof Fischen

max. Breite 1,20 Meter

max. Länge 1,80 Meter

max. Breite 1,50 Meter

Das Längenmaß des Grabhügels wird ab Hinterkante des Grabsteins gemessen und ist in jedem Falle einzuhalten. Darüber hinaus sind die Grabhügel im Längenmaß den in dieser Reihenfolge anstoßenden Gräbern anzugleichen.

§ 16 Grabeinfassung

(1) Die Außenmaße der Grabeinfassungen richten sich nach den in § 12 festgelegten Maßen, welche durch die Friedhofsverwaltung ausgesteckt werden.

(2) Die Grabmale sind einzufassen. Gestattet sind Grabeinfassungen aus Naturstein. Einfassungen aus Naturstein dürfen eine Höhe von 15 cm nicht überschreiten.

§ 17 Rechte an Grabstätten

(1) An einer belegungsfähigen Grabstätte kann ein Nutzungsrecht erworben werden. Das Nutzungsrecht wird mindestens auf die Dauer der Ruhefrist verliehen, wenn der Erwerb anlässlich eines Todesfalles erfolgt. **Der Vorerwerb eines Grabnutzungsrechtes ist nur mit besonderer Genehmigung der Gemeinde möglich, soweit es der Platzbedarf des Friedhofes zulässt.**

(2) Das Nutzungsrecht an den Grabstätten wird nur an einzelne natürliche und volljährige Personen nach Entrichtung der Grabnutzungsgebühr (siehe Friedhofsgebührensatzung – FGS) verliehen, worüber dem Nutzungsberechtigten eine Urkunde ausgestellt wird (Graburkunde).

(3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabnutzungsgebühr um mindestens weitere 3 Jahre verlängert werden, wenn der Nutzungsberechtigte vor Ablauf des Rechtes die Verlängerung bei der Friedhofsverwaltung beantragt und der Platzbedarf des Friedhofes es zulässt.

(4) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte rechtzeitig schriftlich hingewiesen. Ist dieser nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln, erfolgt die Benachrichtigung durch einen Hinweis am Grab zu Allerheiligen des dem Fristablauf vorangehenden Jahres. Ist bei Ablauf der Nutzungszeit noch kein Verlängerungsantrag bei der Gemeinde eingegangen, so erlischt das Nutzungsrecht.

(5) In den Fällen, in denen die Ruhefrist der zu bestattenden Leichen oder Urnen über die Zeit hinausreicht, für die das Recht an einem Grabplatz besteht, ist das Nutzungsrecht im Voraus für die Dauer der vorgeschriebenen Ruhefristen zu erwerben.

(6) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhefrist, zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Ein Anspruch auf Rückerstattung der Grabnutzungsgebühren besteht nicht.

(7) Nach Ablauf der Ruhefrist kann der Grabnutzungsrechtige aus wichtigem Grund auf ein darüber hinaus verliehenes Grabnutzungsrecht verzichten. Der Verzicht wird erst mit schriftlicher Annahme der Verzichtserklärung durch den Friedhofsträger wirksam.

(8) Jede Änderung der Anschrift des Nutzungsberechtigten ist der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

§ 18 Übertragung von Nutzungsrechten

(1) Zu Lebzeiten des Nutzungsberechtigten kann die Umschreibung eines Grabnutzungsrechtes der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner oder ein Abkömmling beanspruchen, wenn der Nutzungsberechtigte zugunsten dieses Angehörigen schriftlich auf das Grabnutzungsrecht verzichtet hat.

(2) Nach dem Tode des Nutzungsberechtigten kann derjenige die Umschreibung eines laufenden Grabnutzungsrechtes auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Nutzungsberechtigten in einer letztwilligen, rechtsgültigen Verfügung zugewendet wurde. Bei einer Verfügung zu

Gunsten mehrerer Personen hat die erstgenannte Person Vorrang. Stirbt der Nutzungsberechtigte ohne eine Verfügung hinterlassen zu haben, so kann das Nutzungsrecht auf Antrag auf die in § 1 Abs. 1 Ziff. 1 BestV genannten bestattungspflichtigen Personen übertragen werden. Eingetragene Lebenspartner sind den Ehegatten gleichgestellt. Innerhalb der Reihenfolge des § 1 Abs. 1 Ziff. 1 BestV hat die ältere Person Vorrecht vor der jüngeren. Haben Vorberechtigte innerhalb von sechs Monaten keinen Antrag auf Übertragung des Nutzungsrechts gestellt, so wird das Nutzungsrecht auf Antrag einer nachberechtigten Person verliehen. Stimmen alle Vorberechtigten zu, so kann das Nutzungsrecht auch in begründeten Einzelfällen auf einen dem Verstorbenen nahestehenden Dritten (z. B. Lebensgefährten oder Stiefkind) übertragen werden.

(3) Über die Umschreibung erhält der neue Grabnutzungsberechtigte eine Urkunde (Graburkunde).

(4) Der Anspruch auf Übertragung des Nutzungsrechts erlischt, wenn alle Berechtigten die Übernahme ablehnen oder es kein Berechtigter innerhalb eines Jahres seit Beisetzung des verstorbenen Nutzungsberechtigten übernimmt. In diesem Fall kann die Grabstätte während der Ruhefrist zur Betreuung an Personen überlassen werden, die zu dem Bestatteten eine persönliche Verbindung hatten.

(5) Bei Grabstätten, an denen nach einer Bestattung niemand das Grabnutzungsrecht nach Abs. 2 oder das Betreuungsrecht nach Abs. 4 Satz 2 übernimmt, sorgt die Friedhofsverwaltung auf Kosten eines Verpflichteten für die Erstanlage (Aufstellen eines mehrfach verwendbaren Grabmals, Begrünung) und die Pflege der Grabstätte während der Ruhefrist. Gegen vollständigen Kostenersatz können Grabnutzungsrecht und Grabmal erworben werden.

§ 19 Pflege und Instandhaltung der Gräber

(1) Jede Grabstätte ist spätestens drei Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen (einschließlich des Ansäens von Rasen um die Grabstätte) und in diesem Zustand zu erhalten. **Setzungen des Erdreichs sind auf Kosten des Nutzungsberechtigten nachzufüllen.**

(2) Die Rasenflächen um die Gräber sind zu belassen und durch den Nutzungsberechtigten sauber zu halten.

(3) Die Grabeinfassung ist spätestens ein Jahr nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes herzustellen.

(4) Der Nutzungsberechtigte hat dafür zu sorgen, dass sich Grab, Grabmal, Sockel, Weihwasserkessel und Grabeinfassung stets in einem sicheren, geordneten und der Würde des Ortes entsprechenden Zustand befinden. Kommt der Nutzungsberechtigte oder der sonst Verpflichtete (siehe § 14 Abs. 2) seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme, § 30).

(5) Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung (amtliche Bekanntmachung). Nach Ablauf dieser Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten eines Verpflichteten gem. Art. 14 Abs. 2 in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen oder abzuräumen und einzuebnen.

(6) Abs. 5 gilt auch in den Fällen, in denen Grabnutzungsberechtigte trotz zweimaliger befristeter Aufforderung ihren Verpflichtungen zur Instandhaltung des Grabes nicht nachkommen.

§ 20 Gärtnerische Gestaltung der Gräber

(1) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber und Anpflanzungen nicht beeinträchtigen. Die Höhe und Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtbild des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen.

(2) Anpflanzungen aller Art neben den Gräbern werden ausschließlich von der Gemeinde ausgeführt. In besonderen Fällen können Ausnahmen von der Gemeinde zugelassen werden, wenn benachbarte Gräber nicht beeinträchtigt werden.

(3) Das Anpflanzen hochwachsender Gehölze (z.B. Zwergsträucher, strauch- oder baumartige Pflanzen, Bäume) ist nicht erlaubt.

(4) Alle gepflanzten Gehölze gehen entschädigungslos in die Verfügungsbefugnis der Gemeinde über, wenn sie vom Nutzungsberechtigten nach Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nicht abgeräumt worden sind. Der Schnitt und die Beseitigung zu stark wachsender oder absterbender Bäume und Sträucher kann angeordnet werden. Wird die notwendige Maßnahme nicht innerhalb der hierfür dem Nutzungsberechtigten gesetzten Frist durchgeführt, so werden die Arbeiten von der Friedhofsverwaltung auf seine Kosten durchgeführt (Ersatzvornahme, § 30).

(5) Verwelkte Blumen und verdorrte Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen (vor Ort sind die entsprechenden Hinweisschilder zu beachten).

§ 21 Entziehung des Nutzungsrechts

(1) Das Grabnutzungsrecht kann ohne Entschädigung entzogen werden, wenn

a) die Grabstätte den Vorschriften dieser Satzung nicht entspricht und trotz zweimaliger schriftlicher Aufforderung nicht in seinen satzungsgemäßen Zustand versetzt wird,

b) die Voraussetzungen für die ursprüngliche Grabvergabe entfallen (z.B. durch Umbettung)

c) ausstehende Grabgebühren nicht innerhalb eines Monats nach der Mahnung bezahlt wurden.

(2) Nach der Entziehung des Nutzungsrechts können Grabanlagen entfernt und der Hügel eingeebnet werden.

§ 22 Grabmale

Grabmale sind Grabsteine, Holz- und Kunstschmiedekreuze, Grababdeckplatten, Liegesteine, liegende Steinkissen und Urnennischenverschlussplatten. Es dürfen nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des Übereinkommens über das Verbot und unverzügliche Maßnahme zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konvention 182), in Kraft getreten am 19. November 2000, hergestellt wurden.

§ 23 Erlaubnisvorbehalt für Grabmale und bauliche Anlagen

(1) Grabsteine, Grabdeckungsplatten, Grabumrahmungen, Liegesteine, Urnennischenplatten und sonstige Anlagen oder deren Änderung bedarf – unbeschadet sonstiger Vorschriften – der Erlaubnis der Gemeinde. Die Gemeinde ist berechtigt, soweit das zur Wahrung der Rechte anderer notwendig ist und der Friedhofszeitweck es erfordert, Anordnungen zu treffen, die sich auf Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen beziehen.

(2) Die Erlaubnis ist rechtzeitig vor Anfertigung oder Veränderung des Grabmales oder der baulichen Anlage bei der Gemeinde durch den Grabnutzungsberechtigten zu beantragen, wobei die Maße des § 12 zugrunde zu legen sind. Dem Antrag ist zweifach beizufügen:

a) der maßstabsgetreue Grabmalentwurf bzw. der maßstabsgetreue Entwurf der baulichen Anlage mit Grundriss und Seitenansicht unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.

b) Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.

(3) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den Vorschriften der §§ 18 und 19 dieser Satzung entspricht.

(4) Ohne Erlaubnis aufgestellte Grabmale sind nach schriftlicher Aufforderung an den Nutzungsberechtigten unter angemessener Fristsetzung zu entfernen. Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung (amtliche Bekanntmachung). Kommt der Nutzungsberechtigte nicht fristgerecht der Aufforderung nach, so ist die Gemeinde berechtigt auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder sonst Verpflichteten das Grabmal zu entfernen und zu verwerten, wenn es den sicherheitsrechtlichen Anforderungen nicht genügt oder den gestalteri-

schen Merkmalen der §§ 18 und 19 widerspricht (Ersatzvornahme, § 30).

(5) Die nicht erlaubnispflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder -kreuze zulässig und dürfen nicht länger als 2 Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.

§ 24 Größe von Grabmalen und Einfriedungen

(1) Die Grabmale dürfen die Breite des Grabes sowie die Höhe von 1,30 m nicht überschreiten.

(2) Eine Überschreitung ist im Einzelfall zulässig, sofern sie mit den Bestimmungen des § 19 dieser Satzung und dem Friedhofszweck vereinbar ist und die Gemeinde die Erlaubnis erteilt.

§ 25 Grabgestaltung

(1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen müssen dem Friedhofszweck entsprechen; sie müssen so gestaltet sein, dass die Würde des Friedhofs als Ruhestätte der Verstorbenen gewahrt ist.

(2) Grabmale müssen beschriftet werden. Inhalt und Art der Schrift müssen der Weihe des Ortes entsprechen. Die Schrift muss gut verteilt und darf nicht in aufdringlichen Farben gefasst sein. Die Grabnummer und der Firmenname sind unten seitlich am Grabmal in unauffälliger Weise dauerhaft einzugravieren.

§ 26 Urnenwände

(1) Die Kammern der Urnenwand sind für die Beisetzung der Aschenreste feuerbestatteter Leichen bestimmt.

(2) Abhängig von der Urnengröße können in einer Urnenkammer maximal drei Urnen beigesetzt werden.

(3) Anonyme Beisetzungen sind nicht zugelassen.

(4) Das Abnehmen und Anbringen der Verschlussplatten ist nur durch einen Vertreter der Gemeinde zulässig.

(5) Als Verschlussplatten für die Urnennischen sind ausschließlich die von der Gemeinde gestellten Platten zu verwenden.

(6) Für die Beschriftung der Verschlussplatten gelten folgende Gestaltungsvorschriften:

a) Die Verschlussplatten sind einheitlich zu gestalten. Sie dürfen nur im Friedhof Pähl nur in eingraviertem grau und im Friedhof Fischen nur in eingraviertem gold; Schriftart Capitalis mit Groß- und Kleinschreibung durch einen zugelassenen Fachmann (in der Regel Steinmetz) beschriftet werden. Die Schriftgröße wird für Großbuchstaben auf 30 mm, für Kleinbuchstaben auf 23 mm, für Zahlen auf 20 mm und für Symbole auf 90 mm festgelegt. Die Verwendung von aufgesetzten Buchstaben oder Ornamenten ist untersagt.

b) Neben den persönlichen Daten des / der Verstorbenen wie Name, evtl. Geburtsname, Geburts- und Sterbedatum (in arabischen Ziffern) ist auf Wunsch lediglich die Aufnahme eines zusätzlichen eingravierten Ornaments (Kreuz, Rose, Sonne, Feuerschale) zulässig. Nicht zugelassen sind: Berufsbezeichnungen und Lichtbilder.

c) Der Schriftentwurf ist vorab von der Gemeinde zu genehmigen.

(7) Die Verschlussplatte ist innerhalb von drei Monaten ab Beisetzung des Verstorbenen zu gravieren.

(8) Das Anbringen von Gegenständen aller Art (z.B. Vasenhalter, Kerzenhalter u.a.) an der Urnenkammer ist nicht gestattet.

(9) Das Ablegen von Blumen und das Aufstellen von Kerzen ist nur vor der Urnenwand am Boden erlaubt. Verwelkte Blumen und leere Kerzenhüllen sind vom Nutzungsberechtigten zu entfernen. Die Gemeinde behält sich ein Entfernen von Abraum vor. Die untersten Kammern dürfen durch den Grabschmuck nicht verdeckt werden.

(10) Wird eine Verschlussplatte unzulässig beschriftet, bemalt oder durch individuelle Steinmetzarbeiten verändert oder beschädigt, wird die Verschlussplatte durch die Gemeinde erneuert.

ert. Die gesamten Kosten hierfür trägt der Steinmetz bzw. der Nutzungsberechtigte als Gesamtschuldner.

(11) Es ist nicht gestattet, Urnenkammern zu öffnen, zu verändern, zu vermauern, Malerarbeiten vorzunehmen oder Urnen zu entnehmen.

(12) Die Verschlussplatten der Urnenkammern gehen nach Ablauf der Ruhezeit in den Besitz der Angehörigen über. Verschlussplatten, die nicht innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Grabnutzungsrechtes vom Grabnutzungsberechtigten abgeholt werden, werden von der Friedhofsverwaltung auf dessen Kosten entsorgt.

(13) Wird das Grabrecht nach Ablauf der Ruhezeit nicht wieder erworben, so kann die Friedhofsverwaltung die Urnen entfernen und an geeigneter Stelle in würdiger Weise bestatten, ohne dass über ihren Verbleib Nachweis geführt werden muss. Über- oder Schmuckurnen, welche vom Grabnutzungsberechtigten innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Grabnutzungsrechtes nicht abgeholt werden, werden von der Friedhofsverwaltung auf dessen Kosten entsorgt.

(14) Im Falle einer Nichtbeachtung dieser Vorschriften kann das Nutzungsrecht der Urnenkammer durch die Friedhofsverwaltung entzogen werden.

§ 27 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmalen

(1) Jedes Grabmal muss seiner Größe entsprechend dauerhaft und standsicher gegründet werden. Die Fundamente sind nach den neuesten Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Baukunst durch fachkundige Firmen zu setzen. Maßgeblich für die bei der Errichtung der Grabmale geltenden anerkannten Regeln der Baukunst ist die Richtlinie für die Erstellung und Prüfung von Grabmalanlagen des Bundesverbandes Deutscher Steinmetze (BIV-Richtlinie) in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(2) Der Grabnutzungsrechtige hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, sicheren Zustand zu erhalten. **Er hat das Grabmal regelmäßig daraufhin zu überprüfen, ob erkennbare oder versteckte Mängel seine Standsicherheit beeinträchtigen.**

(3) Er ist für Schäden verantwortlich, die insbesondere durch Umfallen des Grabmales oder Abstürzen von Teilen desselben verursacht werden. Grabmale, die sich nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden, können nach vorangegangener schriftlicher Aufforderung auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder der in § 14 Abs. 2 genannten Personen instandgesetzt oder entfernt werden, wenn die Wiederherstellung verweigert oder innerhalb der gesetzten Frist nicht durchgeführt wird (Ersatzvornahme, § 30). Kann aufgrund der akut drohenden Gefahr durch ein nicht standsicheres Grabmal eine schriftliche Aufforderung an den Nutzungsberechtigten zur Wiederherstellung der Standsicherheit unter Fristsetzung nicht abgewartet werden, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Gefahrenstelle abzusperren, das Grabmal provisorisch zu sichern oder umzulegen. **Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein 2-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte.**

(4) Der Nutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag handelnden Personen haften für jede durch die Errichtung von Grabmalen und baulichen Anlagen entstehenden Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlagen.

(5) Grabmale und bauliche Anlagen (§ 17 und § 18) dürfen vor Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Erlaubnis der Gemeinde entfernt werden.

(6) Nach Ablauf der Ruhezeit und des Nutzungsrechts sind die Grabmale nach einer entsprechenden Aufforderung der Gemeinde durch den vorher Nutzungsberechtigten oder den nach § 14 Abs. 2 Verpflichteten innerhalb von 3 Monaten zu entfernen. Die Grabstätten sind einzu-ebnen **und mit Rasen anzusäen**. Kommt der Nutzungsberechtigte oder der sonst Verpflichtete seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter erneuter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des vormals Nutzungsberechtigten oder sonst Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme, § 30). Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung (amtliche Bekanntmachung). Nach Ablauf dieser Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte

auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder eines Verpflichteten abzuräumen und einzuebnen. Grabmale, Einfriedungen und sonstiger Grabschmuck gehen infolge der Eigentumsaufgabe durch den vormals Nutzungsberechtigten in das Eigentum des Friedhofsträgers über.

(7) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofs aus früheren Zeiten gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Gemeinde. Die Entfernung oder Änderung solcher Anlagen auch nach Ablauf der Ruhefrist und des Grabnutzungsrechts bedarf der besonderen Erlaubnis der Gemeinde.

§ 28 Pflichten des Unternehmers

(1) Zur Errichtung, Änderung oder Entfernung eines Grabmals hat sich der Nutzungsberechtigte eines fachkundigen Betriebes (Unternehmer) zu bedienen.

(2) Der Unternehmer ist für die ordnungsgemäße, den anerkannten Regeln der Baukunst bzw. Richtlinien der Steinmetzinnung und den genehmigten Plänen entsprechende Ausführung der von ihm übernommenen Arbeiten und insoweit für die ordnungsgemäße Einrichtung und den sicheren Betrieb der Arbeitsstelle verantwortlich.

IV. Bestattungsvorschriften

§ 29 Leichenhaus

(1) Das Leichenhaus dient der Aufbewahrung der Leichen, bis sie bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Verstorbener bis zur Beisetzung im Friedhof. Es darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung und in Begleitung eines Vertreters des Friedhofspersonals betreten werden.

(2) Die Verstorbenen werden im Leichenhaus aufgebahrt. Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Hinterbliebenen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Bestattungspflichtigen (§ 6 BestV) entscheiden, ob die Aufbahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei entsprechender Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes. Leichen von Personen, die bei Eintritt des Todes an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes erkrankt waren, werden in einem gesonderten Raum untergebracht. Der Zutritt zu diesem Raum und die Besichtigung der Leichen bedürfen der vorherigen Erlaubnis des Amtsarztes.

(3) Für die Beschaffenheit von Särgen, Sargausstattungen und für die Bekleidung von Leichen gelten die Vorschriften des § 30 BestV.

§ 30 Leichenhausbenutzungszwang

(1) Jede Leiche ist spätestens 24 Stunden vor der Bestattung in das gemeindliche Leichenhaus zu verbringen.

(2) Dies gilt nicht, wenn

- a) der Tod in einer Anstalt (z. B. Krankenhaus, Klinik, Alten- bzw. Pflegeheim u. a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist,
- b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und innerhalb einer Frist von 24 Stunden überführt wird,
- c) die Leiche in einem privaten Krematorium verbrannt werden soll und sichergestellt ist, dass die Voraussetzungen des § 17 BestV vom Träger der Bestattungsanlage geprüft werden.

§ 31 Leichentransport

Zur Beförderung von Leichen im Gemeindegebiet sind Leichen- oder Sargwagen zu benutzen.

§ 32 Leichenbesorgung

Reinigen, Ankleiden und Einsargen der Leichen hat durch einen geeigneten Bestatter oder durch von der Gemeinde zugelassenes Bestattungspersonal zu erfolgen.

§ 33 Bestattung

Bestattung im Sinne dieser Satzung ist die Erdbestattung von Leichen oder Leichenteilen sowie die Beisetzung von Aschenurnen unter der Erde bzw. in Urnenfächern und Grabkammern. Die Bestattung ist durchgeführt, wenn das Grab verfüllt oder das Urnenfach/die Grabkammer geschlossen ist.

§ 34 Anzeigepflicht und Bestattungszeitpunkt

(1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.

(2) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Hinterbliebenen, dem Bestattungsunternehmen und ggf. mit dem zuständigen Pfarramt fest.

§ 35 Ruhefrist

Die Ruhefrist für Erdgräber ist auf 20 Jahre festgesetzt. Die Ruhefrist für Urnenkammern beträgt 15 Jahre. Die Ruhefrist beginnt am Tag der Bestattung.

§ 36 Exhumierung und Umbettung

(1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.

(2) Die Exhumierung und Umbettung von Leichen und Urnen bedarf unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften der vorherigen Einwilligung der Gemeinde. Die Einwilligung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.

(3) Soweit Exhumierungen von Leichen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, sollen sie nur in den Monaten Oktober bis März und zwar außerhalb der Besuchszeiten erfolgen.

(4) Zur Exhumierung und Umbettung bedarf es eines Antrages des Grabnutzungsberechtigten.

(5) Angehörige und Zuschauer dürfen der Exhumierung bzw. Umbettung nicht beiwohnen.

(6) Im Übrigen gilt § 21 BestV.

V. Schlussbestimmungen

§ 37 Ersatzvornahme

(1) Der Friedhofsträger kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Diesen Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.

(2) Werden die in dieser Satzung festgelegten Handlungspflichten nicht rechtzeitig erfüllt, kann die Gemeinde die Handlung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen oder vornehmen lassen. Die Ersatzvornahme ist vorher schriftlich anzudrohen. Dabei ist eine angemessene Frist zu setzen. Ist der Aufenthaltsort des Pflichtigen nicht mehr zu ermitteln, so ersetzt die öffentliche Bekanntmachung die an den Pflichtigen adressierte schriftliche Androhung. Einer vorherigen Androhung und einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Pflichtige nicht erreichbar ist und die Ersatzvornahme zur Abwehr einer drohenden Gefahr notwendig ist.

§ 38 Haftung

(1) Der Nutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag Handelnden haften für jede bei Arbeiten an Grabstätten entstehende Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlage.

(2) Der Nutzungsberechtigte ist zur sofortigen Wiederherstellung des früheren Zustandes verpflichtet; kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so werden die erforderlichen Arbeiten an Rasen und Wegen auf Kosten des Nutzungsberechtigten von der Friedhofsverwaltung vorgenommen.

(3) Für die Durchführung der erforderlichen Aufräumarbeiten ist neben den Nutzungsberechtigten jeder, der in dessen Auftrag Arbeiten am Grab ausführt, verantwortlich.

§ 39 Haftungsausschluss

Die Gemeinde übernimmt keine Haftung für Beschädigungen die durch

- a) höhere Gewalt,
 - b) Tiere,
 - c) Setzungen des Erdreiches aufgrund von Bestattungen an Nachbargräbern
 - d) nicht satzungsgemäßer Benutzung der Friedhofsanlage,
 - e) Beauftragte dritter Personen
- entstehen oder verursacht werden.

§ 40 Übergangsregelung

Bei Grabstätten, für die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits ein Nutzungsrecht erworben worden ist, treten die neuen Vorschriften dieser Satzung erst in Kraft, wenn das Grabmal oder das Nutzungsrecht verändert bzw. die Grabstätte neu belegt wird.

§ 41 Zuwiderhandlungen

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO i. V. mit § 17 OwiG kann mit Geldbuße von mindestens 5,- Euro und höchstens 1000,- Euro belegt werden wer:

- a) den Vorschriften über den Benutzungszwang zuwiderhandelt,
- b) die erforderliche Erlaubnis der Gemeinde nicht einholt,
- c) die erstmalige Anlage, Pflege und Instandhaltung der Grabstätten nach den §§ 15 bis 20 nicht satzungsgemäß vornimmt,
- d) sich entgegen den Bestimmungen dieser Satzung nicht ruhig und der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die festgelegten Verbote missachtet.

§ 42 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am XXXXX in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen vom 20.12.1983 außer Kraft.

Abstimmung
13 : 0

9. Bekanntgaben, Anträge, Verschiedenes

Sachverhalt:

1. Bgm. Grünbauer: Kindergarten – sozial gestaffelte Elternbeiträge

Im Frühjahr 2020 findet mit der Diözese nochmals ein Gespräch zu diesem Thema statt.